

## Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 18./X. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 09.11.2016, 17.00 Uhr, im Saal der Stadthalle Kleve

	<u>Seite</u>
Bürgerfragestunde	5
1. Einbringung der Haushaltssatzung für das Jahr 2017	5
2. Entwicklung der Sekundarschule - Drucksachen Nrn. 499 /X. und 499a /X. -	5 - 9
3. Festlegung der Zügigkeit für die weiterführenden Schulen - Drucksachen Nrn. 500 /X. und 500a /X. -	9 - 13
4. Bebauungsplan Nr. 2-303-0 für den Bereich Leitgraben im Ortsteil Kellen hier: Beschluss der zweiten erneuten Offenlage - Drucksache Nr. 477 /X. -	13
5. Bebauungsplan Nr. 1-089-10 für den Bereich Hagsche Straße/ Hagsche Poort (altes Postgebäude) hier: Beschluss der erneuten Offenlage - Drucksache Nr. 478 /X. -	13
6. Bebauungsplan Nr. 1-293-0 für den Bereich Bahnhofsumfeld / Bahnhofplatz hier: Beschluss der Offenlage - Drucksache Nr. 481 /X. -	13
7. Bebauungsplan Nr. 2-305-0 für den Bereich van-den-Bergh-Straße / Wiesenstraße im Ortsteil Kellen hier: Weiterführung des Verfahrens - Drucksache Nr. 505 /X. -	14 - 16
8. Bebauungsplan Nr. 2-298-0 für den Bereich Overbergstraße/ Ferdinandstraße im Ortsteil Kellen hier: Satzungsbeschluss - Drucksache Nr. 506 /X. -	16
9. Bebauungsplan Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen hier: Beschluss der Teilung des Plangebietes und erneuter Beschluss der Offenlage - Drucksache Nr. 507 /X. -	16 - 17
10. Bewerbung um die Ausrichtung einer REGIONALE 2022 - Drucksache Nr. 511 /X. -	17
11. Umbesetzung in Ausschüssen und im Aufsichtsrat der Grenzland-Draisine GmbH (Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.2016)	17 - 18

	<u>Seite</u>
12. Verwirklichung eines Gebäudes im Stile Hundertwassers auf dem Minoritenparkplatz (Antrag der CDU-Fraktion vom 25.10.2016)	18
13. Ermittlung der rechtlichen Bedingungen zur Realisierung eines Hundertwasserstadttors (Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2016)	18
14. Gute Schule 2020 (Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2016)	19
15. Umbesetzung in Ausschüssen (Antrag der SPD-Fraktion vom 13.10.2016)	19
16. Umbesetzung im Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung (Antrag der FDP-Fraktion vom 31.10.2016)	20
17. Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr - Drucksache Nr. 467 /X. -	20 - 22
18. Mitteilungen a) Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss	23
19. Anfragen a) Neubau Hauptwache Löschzug Kleve b) Vorstellung Feuerwehrleiterwagen c) Unruhen innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr d) Gebäude/Grundstück ehemaliges Canisius-Jugendheim e) Sperrung der Straße Opschlag für den Pkw-Verkehr f) Radverkehr auf der Römerstraße g) Kassenhäuschen 1. FC Kleve	23 23 23 23 24 24 24

## Niederschrift

**über die öffentliche 18./X. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 09.11.2016, 17.00 Uhr, im Saal der Stadthalle Kleve**

Unter dem Vorsitz der  
Bürgermeisterin Northing, Sonja  
sind anwesend die Stadtverordneten:

Bay, Michael	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Boskamp, Heinz	SPD
Bucksteeg, Friedhelm	CDU bis 18.15 Uhr (Mitte TOP 2. öffentliche Sitzung)
Bungert, Alexander	FDP
Cosar, Jörg	CDU
Döllekes, Fredi	SPD
Driever, Gerd	CDU
Duenbostell, Horst	SPD
Fischer, Heidi	SPD
Fischer, Wilhelm	SPD
Fuchs, Anne	Offene Klever
Gebing, Wolfgang	CDU
Geritzen, Christa	SPD
Gietemann, Josef	SPD
Goertz, Heinz	Offene Klever
Hermanns, Aloys	CDU
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Hütz, Klaus-Werner	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Janßen, Alexander	Offene Klever
Janssen, Udo	CDU
Kanders, Angelika	CDU
Kumbrink, Michael	SPD
Lichtenberger, Niklas	SPD
Liffers, Werner	CDU
Maaßen, Manfred	CDU
Merges, Carina	Offene Klever
Merges, Dr. Fabian	Offene Klever
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN bis 21.19 Uhr (TOP 19. e) öffentliche Sitzung)
Rambach, Andreas	CDU
Ricken, Edmund	CDU
Rütter, Daniel	FDP
Sanders, Norbert	CDU
Schmidt, Joachim	CDU
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Schoofs, Christian	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Siebert, Susanne	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Teigelkötter, Friedrich	CDU
Tekath, Petra	SPD
Thon, Sarah	SPD
Verhoeven, Werner	CDU
Welberts, Sonja	SPD

Welberts, Stefan SPD

Nicht anwesend:

Ackeren, van, Barend FDP

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas  
Technischer Beigeordneter Rauer  
Leitender Rechtsdirektor Goffin  
Verwaltungsdirektorin Keyzers  
Verwaltungsdirektor Keyzers  
Oberverwaltungsrat Janßen  
Leiter GSK Mutz  
Technischer Leiter GSK Raith  
Verwaltungsrat van Hoof  
Verwaltungsrätin Wier  
Tariflich Beschäftigter Posdena  
Oberamtsrätin Rennecke  
Amtsrat Boltersdorf  
Tariflich Beschäftigte Welbers  
Amtfrau Berns als Schriftführerin

Bürgermeisterin Northing begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Kleve fest. Sie teilt mit, dass die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung um den Punkt 17. "Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr" gemäß Drucksache Nr. 467/X. erweitert werden solle.

Der Rat erhebt keine Einwände gegen die Erweiterung.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift über die letzte Sitzung ergeben sich nicht.

Zur Bürgerfragestunde meldet sich Frau Ingrid van Gemmeren und möchte wissen, ob der Stadt Kleve das Berufskolleg und seine Angebote bekannt seien und ob die Stadt Kleve die Eltern über diese Schule und ihre Angebote informiere.

Verwaltungsrätin Wier antwortet, dass die Stadt Kleve als Schulträger vorrangig über die eigenen Schulformen informiere und eine Informationsbroschüre über die weiterführenden Schulen herausgegeben habe. Der Kreis Kleve sei für das Berufskolleg zuständig. Unabhängig davon würden die städtischen Schulen aber auch das Berufskolleg bewerben.

Weitere Meldungen zur Bürgerfragestunde gibt es nicht.

## 1. **Einbringung der Haushaltssatzung für das Jahr 2017**

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas trägt die Haushaltsrede vor, die der Erst- und Zweitschrift der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Bürgermeisterin Northing dankt dem Kämmerer Herrn Haas für seinen Vortrag. Die Haushaltslage stelle sich in 2017 geordnet und solide dar. Sie dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Erstellung des Entwurfs der Haushaltssatzung mitgewirkt hätten.

Die Haushaltssatzung liegt allen Ratsmitgliedern zur Beratung vor und wird zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Bürgermeisterin Northing teilt mit, dass die Anträge zum Haushalt der Verwaltung bis zum 28.11.2016 vorzulegen seien, damit sie in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.12.2016 beraten werden könnten.

Abschließend wünscht sie den Fraktionen gute Beratungen.

## 2. **Entwicklung der Sekundarschule**

- Drucksachen Nrn. 499 /X. und 499a /X. -

StV. Gebing teilt mit, dass seine Fraktion der Drucksache nicht zustimmen werde. Sie beantrage stattdessen, folgenden Beschluss zu fassen: "Der Rat der Stadt Kleve beschließt die Neugründung einer Gesamtschule zum Schuljahr 2017/2018. Die Sekundarschule läuft aus." Eine Umwandlung der Sekundarschule könne die CDU-Fraktion nicht befürworten. Es solle dagegen ein neues Konzept erstellt werden. Die Bezirksregierung solle sich äußern, ob überhaupt genügend Lehrpersonal zur Verfügung stehe.

StV. Dr. Meyer-Wilmes meint, dass die Sekundarschule nur bei Neugründung einer Gesamtschule eine wirkliche Chance habe. Die Verantwortung solle richtigerweise an die Bezirksregierung übergeben werden, die ausreichend Lehrpersonal mit Sek II-Fakultas in Kleve zur Verfügung stellen und auf Grundlage belastbarer Schülerdaten entscheiden müsse, was mit dem Standort Bedburg-Hau geschehen solle. Darüber hinaus habe die neue Gesamtschule die Chance in ein fertiggestelltes Schulgebäude einzuziehen, was sich positiv auf die Anmeldebereitschaft der Eltern auswirken dürfte. Die Kinder nähmen keinen Schaden, da sie ab dem kommenden Jahr auf der neuen Gesamtschule eingeschult werden könnten. Die jetzigen Sekundarschüler könnten dank des Kooperationsvertrages mit der Gesamtschule I dort ihr Abitur absolvieren. Die neue Gesamtschule habe Zeit, um ein eigenes von der Gesamtschule I unabhängiges Programm zu erstellen.

StV. Tekath führt aus, dass das Thema in den Beratungen der letzten Wochen bzw. Monaten sehr umfangreich diskutiert worden sei. Die Sekundarschule sei als Schulform in Kleve nicht angekommen. Die Voraussetzungen für eine Umwandlung, wie die notwendige Zahl oberstufentauglicher Schüler, lägen vor. Die Bezirksregierung habe deutlich geäußert, dass eine Umwandlung möglich sei. Bei Neugründung einer Gesamtschule würden sechs Jahrgänge mit einem Abschlusszeugnis der Sekundarschule entlassen. Das Lehrpersonal stünde für die neu zu gründende Gesamtschule nicht zur Verfügung, da sie sich zunächst neu bewerben müssten. Sie wirft die Frage auf, wieso sich die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN nicht im Vorfeld an die Regierungspräsidentin oder die Schulministerin NRW, beide ebenfalls von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, gewandt hätten. Sie erinnert daran, dass die Fraktionen CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN seinerzeit, ebenfalls gegen den Elternwillen, die Gründung einer zweiten Gesamtschule abgelehnt hätten. Auch jetzt wollten sie die einmalige Chance einer Umwandlung in eine Gesamtschule, die in ihren Augen zukunftsfähig sei, für eine möglicherweise gefestigte Zukunft der Kinder nicht nutzen. Sie bedauere, dies und entschuldige sich bereits vorab bei den Kindern, Eltern und Lehrern, sollte tatsächlich ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

StV. Rütter erklärt für die FDP-Fraktion, dass sie gegen ein weiteres Schulexperiment sei und die Sekundarschule weiter laufen solle. In Kleve gebe es dafür ausreichend Schüler. Infrage stehe der Standort Bedburg-Hau. Vertrete die Bezirksregierung die Auffassung, dass die Nachfrage nicht ausreichend sei, müsse sie handeln. Allerdings spreche seine Fraktion sich sowohl gegen eine Umwandlung als auch eine Neugründung der Gesamtschule aus, da aus ihrer Sicht die Nachfrage an Sekundarstufe II mit den vorhandenen Schulen abgedeckt werde. Er persönlich sei der Auffassung, dass es für die Sekundarschule eine Chance sei, wenn der Standort in Bedburg-Hau aufgegeben werde und die Schule an einem Standort, künftig dann in einem neuen Schulgebäude, weiter arbeite.

StV. Bay sieht keine wesentlichen Änderungen für die Schüler bei Neugründung einer Gesamtschule, da alle Schüler entweder zur Gesamtschule wechseln könnten, nach Ende der Sekundarschule in der Sekundarstufe II einer anderen Schule weiterlernen oder in Ausbildung gehen könnten. Entscheidend bei einer Neugründung sei aber, dass die Verantwortung bei der Bezirksregierung liege, die für die pädagogischen Inhalte zuständig sei. Den vom Regierungsschuldirektor Otto geäußerten Optimismus, innerhalb eines Schuljahres ausreichend Lehrpersonal zur Verfügung stellen zu können, teile er nicht. Bei Neugründung der Gesamtschule bliebe deutlich mehr Zeit, ausreichend Lehrpersonal zu generieren.

StV. Dr. Meyer-Wilmes stellt klar, dass auch die Neugründung im Zuge der Beratungen von ihr immer wieder thematisiert worden sei und sie ihre Bedenken für eine Umwandlung immer geäußert habe. Im Gegensatz zur SPD-Fraktion traue sie den Zusicherungen der

Bezirksregierung aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen nicht. Schulumwandlungsprozesse benötigten Zeit und eine neue Schule benötige fünf Jahre bis zu ihrer Konsolidierung. Sie habe die Sorge, dass alle Beteiligten bei einer bloßen Umwandlung der Sekundarschule in zwei Jahren erneut vor einem Problem stünden. Die politische Verantwortung dafür wolle sie nicht übernehmen.

StV. Dr. Merges teilt mit, dass seine Fraktion den Bedarf für eine weitere Gesamtschule sehe, die in Form einer Umwandlung realisiert werden solle. Eine Neugründung sei nur augenscheinlich eine saubere Lösung, da parallel das Auslaufen der Sekundarschule und die Neugründung der Gesamtschule abgewickelt würden, anstatt gemeinsam eine Umwandlung umzusetzen.

StV. Cosar macht deutlich, dass der Bezirksregierung seit drei Jahren bekannt sei, dass das System Sekundarschule gescheitert sei. Eine Information sei erst in diesem Jahr erfolgt. In Kleve komme die schlechte räumliche Situation hinzu. Er sei davon überzeugt, dass sich die Sicht auf diese Schule, die von den Eltern als Nachfolge der Hauptschule wahrgenommen werde, bei einer bloßen Umwandlung nicht ändere. Bei einer Neugründung gebe es einen anderen Wettbewerb zu der bestehenden Gesamtschule. Die Sekundarschüler könnten bei einer Neugründung ebenso gut gefördert werden. Er halte diesen Weg inzwischen für ehrlicher.

StV. Gietemann berichtet von seinen Begegnungen mit dem Förderverein, dem Lehrerkollegium und den Schülern der Sekundarschule. Er habe eine intakte Schule kennengelernt und sei beeindruckt von dem gewesen, was er dort vorgefunden habe. Der Beschluss einer Neugründung werde wesentliche Auswirkungen auf Lehrer, Schüler und Eltern haben. Er dankt allen Beteiligten für die sehr gute Arbeit, die an dieser Schule geleistet werde.

Bürgermeisterin Northing weist darauf hin, dass der Antrag der CDU-Fraktion eine Konkretisierung hinsichtlich der Zügigkeit, der Gliederung, des Standortes, des Gebäudes, des Raumprogramms für die neu zu gründende Gesamtschule erfahren müsse. Diese Rahmenbedingungen seien zwingend bei der Antragstellung bei der Bezirksregierung anzugeben.

StV. Bay stellt noch einmal die zeitlichen Vorteile zum Aufbau der Oberstufe bei einer Neugründung der Gesamtschule heraus. Es gehe auch darum, dass die Schüler vom ersten Tag an die Möglichkeit hätten, ihr Abitur an der Gesamtschule zu absolvieren. Die Eltern sollten durch ihre Anmeldung entscheiden, ob der Standort Bedburg-Hau auch weiterhin gewünscht sei. Die Bezirksregierung müsse alle Anstrengungen für eine Umsetzung unternehmen. Er halte dies für ein offenes, transparentes und rationales Verfahren.

StV. Tekath meint, dass eine Umwandlung realisierbar sei, wenn dieser Weg gemeinsam gegangen werde. Die Sekundarschule, deren pädagogische Arbeit bereits die einer Gesamtschule sei, solle endlich auch zu einer Gesamtschule werden. Zum Wohle der Kinder müsse dies in Form einer Umwandlung geschehen, die von den Beteiligten gewünscht werde und als machbar erklärt worden sei. Die Rahmenbedingungen müssten für die Anmeldungen im Februar klar sein. Es sei traurig, wenn diese einmalige Chance der Umwandlung nicht genutzt werde. Sie beantragt im Namen ihrer Fraktion namentliche Abstimmung.

Da der Antrag der CDU-Fraktion der weitergehende Antrag ist, verliest Bürgermeisterin Northing folgenden möglichen neuen Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt:

1. die Auflösung der Sekundarschule wie folgt:

- Gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW wird die Sekundarschule Kleve, Ackerstraße 74 mit der Dependence in Bedburg-Hau, Rosendaler Weg 4 ab dem 01.08.2017 sukzessive aufgelöst.
  - Eingangsklassen werden ab dem Schuljahr 2017/2018 an der Sekundarschule nicht mehr gebildet.
2. die Gründung einer neuen Gesamtschule wie folgt:
- Gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW iVm. § 17 Schulgesetz NRW wird eine Gesamtschule zum Schuljahr 2017/2018 errichtet.
  - Der Aufbau der Gesamtschule erfolgt schrittweise mit der Bildung der Klassen 5 im Schuljahr 2017/2018.
  - Gemäß § 82 Abs. 7 Schulgesetz NRW wird die Zügigkeit der Gesamtschule in der Sekundarstufe auf sechs Züge festgelegt.
  - Die Gesamtschule wird mit einem Hauptstandort in Kleve und einem Teilstandort in Bedburg-Hau gegründet. Der Hauptstandort wird vorübergehend an der Ackerstraße 74 und künftig dauerhaft an der Hoffmannallee 15 gebildet. Der Nebenstandort wird dauerhaft in Bedburg-Hau, Rosendaler Weg 4 gegründet.
  - Die Gesamtschule wird teil-vertikal gegliedert.
  - Die Verwaltung wird beauftragt, ein Raumprogramm zu erstellen.
  - Die Verwaltung wird beauftragt, eine öffentliche-rechtliche Vereinbarung mit den Gemeinden Bedburg-Hau und Kranenburg zu schließen.

Bei der namentlichen Abstimmung wird wie folgt abgestimmt:

Bay, Michael	ja
Boskamp, Heinz	nein
Bucksteeg, Friedhelm	ja
Bungert, Alexander	nein
Cosar, Jörg	ja
Döllekes, Fredi	nein
Driever, Gerd	ja
Duenbostell, Horst	nein
Fischer, Heidi	nein
Fischer, Wilhelm	nein
Fuchs, Anne	nein
Gebing, Wolfgang	ja
Geritzen, Christa	nein
Gietemann, Josef	nein
Goertz, Heinz	nein
Hermanns, Aloys	ja
Heyrichs, Michael	ja
Hiob, Georg	ja
Hütz, Klaus-Werner	ja
Janßen, Alexander	nein
Janssen, Udo	ja
Kanders, Angelika	ja
Kumbrink, Michael	nein
Lichtenberger, Niklas	nein
Liffers, Werner	ja
Maaßen, Manfred	ja
Merges, Carina	nein
Merges, Dr. Fabian	nein
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	ja
Northing, Sonja	nein
Rambach, Andreas	ja
Ricken, Edmund	ja

Rütter, Daniel	nein
Sanders, Norbert	ja
Schmidt, Joachim	ja
Schnütgen, Wiltrud	ja
Schoofs, Christian	ja
Siebert, Susanne	ja
Teigelkötter, Friedrich	ja
Tekath, Petra	nein
Thon, Sarah	nein
Verhoeven, Werner	ja
Welberts, Sonja	nein
Welberts, Stefan	nein

#### Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt damit mehrheitlich bei 23 Ja- und 21 Nein-Stimmen:

1. die Auflösung der Sekundarschule wie folgt:
  - Gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW wird die Sekundarschule Kleve, Ackerstraße 74 mit der Dependence in Bedburg-Hau, Rosendaler Weg 4 ab dem 01.08.2017 sukzessive aufgelöst.
  - Eingangsklassen werden ab dem Schuljahr 2017/2018 an der Sekundarschule nicht mehr gebildet.
2. die Gründung einer neuen Gesamtschule wie folgt:
  - Gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW iVm. § 17 Schulgesetz NRW wird eine Gesamtschule zum Schuljahr 2017/2018 errichtet.
  - Der Aufbau der Gesamtschule erfolgt schrittweise mit der Bildung der Klassen 5 im Schuljahr 2017/2018.
  - Gemäß § 82 Abs. 7 Schulgesetz NRW wird die Zügigkeit der Gesamtschule in der Sekundarstufe auf sechs Züge festgelegt.
  - Die Gesamtschule wird mit einem Hauptstandort in Kleve und einem Teilstandort in Bedburg-Hau gegründet. Der Hauptstandort wird vorübergehend an der Ackerstraße 74 und künftig dauerhaft an der Hoffmannallee 15 gebildet. Der Nebenstandort wird dauerhaft in Bedburg-Hau, Rosendaler Weg 4 gegründet.
  - Die Gesamtschule wird teil-vertikal gegliedert.
  - Die Verwaltung wird beauftragt, ein Raumprogramm zu erstellen.
  - Die Verwaltung wird beauftragt, eine öffentliche-rechtliche Vereinbarung mit den Gemeinden Bedburg-Hau und Kranenburg zu schließen.

### 3. **Festlegung der Zügigkeit für die weiterführenden Schulen**

- Drucksachen Nrn. 500 /X. und 500a /X. -

Da seine Fraktion grundsätzlich eine Vierzügigkeit der Karl Kisters Realschule wünsche, macht StV. Gebing den Vorschlag, dass seine Fraktion einer Dreizügigkeit zustimmen könne, wenn gewährleistet werde, dass die Vierzügigkeit immer dann zugelassen werde, wenn die mögliche Realisierung durch die Schulleitung erklärt werde, wie dies für das kommende Schuljahr 2017/2018 der Fall sei.

StV. Tekath hält dem entgegen, dass eine Vierzügigkeit in den vorhandenen Räumlichkeiten nicht möglich sei und gemäß Raumprogramm die Schule bereits bei einer Dreizügigkeit an ihre Grenzen stoße. Es müsse dafür Sorge getragen werden, dass alle Schulen gleichmäßig ausgelastet seien. Ein dauerhaftes Zulassen von vier Zügen führe in der Konsequenz dazu, dass baulich nachgesteuert werden müsse. Alle Beteiligten seien sich einig darüber gewesen, dass eine Vierzügigkeit nur ausnahmsweise zugelassen

werde, wie z.B. in diesem Schuljahr. Eine dauerhafte Vierzügigkeit könne sich zudem nachteilig auf die anderen Schulen auswirken.

StV. Dr. Meyer-Wilmes meint, dass die Schulen des gemeinsamen Lernens nicht mit dem dreigliedrigen Schulsystem gleichzusetzen seien. Eine Vierzügigkeit wirke sich dabei zusätzlich negativ aus. Ihre Fraktion werde für eine Dreizügigkeit der Karl Kisters Realschule stimmen.

StV. Rütter teilt mit, dass seine Fraktion sich dafür ausspreche, dass die Karl Kisters Realschule durch eine Vierzügigkeit der Nachfrage nachkommen solle. Die Stadt solle ein Angebot schaffen, das eine freie Entscheidung für eine Schulform möglich mache. Seine Fraktion sei dagegen, Schüler in eine bestimmte Schulform zu pressen und die Nachfrage durch Verknappungen zu generieren. Sie könne sich dem Antrag der CDU-Fraktion anschließen. Bei einer dauerhaft starken Nachfrage für die Karl Kisters Realschule müsse aber langfristig über eine bauliche Erweiterung nachgedacht werden. Er beantragt geheime Abstimmung.

StV. Cosar räumt ein, dass die Karl Kisters Realschule dreizügig sei. Wenn aber die Schulkonferenz, das Lehrerkollegium sowie die Eltern es durch großes Engagement möglich machten, bei ausreichend Anmeldungen eine vierte Klasse zu gründen, sollte diesem auch gefolgt werden. Natürlich stünden die anderen Schulen in einer Konkurrenz. Der Schule sollte eine Vierzügigkeit nicht verwehrt werden, wenn die Anmeldezahlen stimmten und die Schule erkläre, dass die Gründung einer vierten Klasse möglich sei. Er halte dieses Engagement der Schule für aner kennenswert.

StV. Bay hält dem entgegen, dass es zwei gleichberechtigt nebeneinander existierende Schulsysteme gebe, das klassische System und das System des längeren gemeinsamen Lernens. Beide Systeme müssten die gleiche Förderung erfahren. Eltern und Lehrer benötigten Planungssicherheit. Diese könne nur bei Festlegung der Zügigkeiten gewährleistet werden. Auch er spricht sich für eine Dreizügigkeit der Karl Kisters Realschule aus.

Die Sitzung wird um 18.15 Uhr unterbrochen. Fortsetzung um 18.40 Uhr.

StV. Tekath macht noch einmal deutlich, dass das Schulgebäude für eine Vierzügigkeit zu klein sei. Der Schulträger müsse sicherstellen, dass für die Festlegung von Zügigkeiten auch ausreichend Räume vorhanden seien. Die Karl Kisters Realschule sei die einzige Schule, für die keine Zügigkeit festgelegt sei, da es die seinerzeit beschlossene 3,5 Zügigkeit nicht gebe. Sie appelliert daran, eine Dreizügigkeit für die Karl Kisters Realschule zu beschließen. Sie habe aber keine Bedenken, wenn eine Flexibilität dahingehend bestehen bleibe, dass ausnahmsweise die Vierzügigkeit zugelassen werde. So werde es jetzt bereits praktiziert und sei bislang nie in Frage gestellt worden.

StV. Bay spricht sich noch einmal für eine klare Entscheidung aus. Er wolle nicht über die Dreizügigkeit abstimmen, wenn es am Ende, wenn der Bedarf vorhanden sei, doch eine Vierzügigkeit gebe.

Erster Beigeordneter Haas unterbreitet einen Kompromissvorschlag dahingehend, dass die Karl Kisters Realschule dreizügig beschlossen werde. Wie in der Vergangenheit bereits auf pragmatische Weise praktiziert, solle im Einzelfall sowohl für die Gymnasien als auch für die Realschule eine Ausnahme zugelassen werden. Dadurch würden die

Rahmenbedingungen klar definiert, eine möglicherweise erforderliche Flexibilität werde aber gewahrt.

StV. Schoofs hält der bisherigen Diskussion entgegen, dass angeblich über eine Dreizügigkeit der Karl Kisters Realschule entschieden werde, alle Beteiligten aber eine Vierzügigkeit zulassen würden. Vor dem Hintergrund des bekundeten Elternwillens und dem aktuellen Ergebnis von Garbe, der für die Karl Kisters Realschule künftig dauerhaft eine Vierzügigkeit sehe, finde er es falsch, wenn die Dreizügigkeit beschlossen, gleichzeitig aber jedes Jahr die Vierzügigkeit als Ausnahme zugelassen werde. Er spricht sich für eine klare Entscheidung aus, die in der Öffentlichkeit auch vertreten werden müsse.

Bürgermeisterin Northing weist darauf hin, dass die Ausführungen in der Drucksache als Kompromissvorschlag zu verstehen seien, durch den sowohl dem Begehren nach einer Drei- und einer Vierzügigkeit nachgekommen werden solle. Wenn sie sich aber entscheiden müsse, stimme sie für eine Dreizügigkeit.

StV. Tekath hält den Ausführungen ihrer Vorredner entgegen, dass die Flexibilität auch dann benötigt werde, wenn die Situation eintrete, dass mehr Kinder vorhanden seien, als die Schulen grundsätzlich aufgrund ihrer Zügigkeiten aufnehmen könnten. Sie spricht sich auch dagegen aus, jedes Jahr eine Ausnahme zuzulassen.

StV. Rütter äußert, dass seine Fraktion bereit sei, auch regelmäßig über die Zügigkeiten zu entscheiden. Sie spreche sich für ein atmendes, kein starres System aus, damit eine Anpassung an sich verändernde Situationen möglich sei. Die Zügigkeiten sollten grundsätzlich für alle Schulen festgelegt werden, aber Anpassungen möglich bleiben. Für das kommende Schuljahr könne seine Fraktion einer Vierzügigkeit für die Karl Kisters Realschule zustimmen.

Bürgermeisterin Northing macht deutlich, dass die Eltern, aber auch die Schule selbst einen Anspruch auf Planungssicherheit hätten. Mit Blick auf den unter Tagesordnungspunkt 2. gefassten Beschluss werde das integrierte Schulsystem geschwächt, wenn für die Karl Kisters Realschule eine Vierzügigkeit beschlossen werde.

Aufgrund von Unklarheiten im Zusammenhang mit dem Antrag der CDU-Fraktion stellt StV. Gebing klar, dass die CDU-Fraktion für das Schuljahr 2017/2018 die Festlegung der Vierzügigkeit der Karl Kisters Realschule beantrage.

Da dieser Antrag der weitergehende Antrag ist, lässt Bürgermeisterin Northing zunächst über diesen Antrag abstimmen. Es ist geheime Abstimmung beantragt. Sie erklärt, dass bei Zustimmung zu diesem Antrag mit Ja, bei Ablehnung mit Nein und andernfalls mit Enthaltung abzustimmen sei.

Als Stimmzähler werden StV. Hiob und StV. Stefan Welberts benannt.

#### Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, für das Schuljahr 2017/2018 die Vierzügigkeit für die Karl-Kisters Realschule festzulegen, mehrheitlich bei 19 Ja- und 24 Nein-Stimmen ab.

Da als nächstes über den Beschlussvorschlag 1. unter Berücksichtigung der Ausführungen zu möglichen Ausnahmen in der Sachverhaltsschilderung abzustimmen sein wird, möchte StV. Schmidt von der Bürgermeisterin wissen, ob sie überhaupt in Erwägung ziehen werde, eine Vierzügigkeit zuzulassen.

Bürgermeisterin Northing antwortet, dass sie eine Vierzügigkeit in Erwägung ziehe, wenn aufgrund der Anmeldezahlen darüber nachzudenken sein werde. Aufgrund der gegebenen räumlichen Voraussetzungen sehe sie allerdings keine Möglichkeit, eine Ausnahmeregelung und damit eine Vierzügigkeit im kommenden Schuljahr 2017/2018 zuzulassen. Sie schließe aber nicht aus, dass bei künftiger Dreizügigkeit und einer damit einhergehenden sinkenden Schülerzahl beizeiten wieder eine Vierzügigkeit als Ausnahme zugelassen werden könne, falls das Raumprogramm dieses zulasse.

Nach einer Diskussion darüber, wer letztlich über die Ausnahmegenehmigung für eine Vierzügigkeit entscheiden solle, fasst Bürgermeisterin Northing zusammen, dass zwei Anträge vorlägen: Die Karl Kisters Realschule wird dreizügig, Ausnahmegenehmigungen erteilt die Bürgermeisterin, gemäß Drucksache und die Karl Kisters Realschule wird dreizügig, Ausnahmegenehmigungen werden per Dringlichkeitsbeschluss erteilt, gemäß Antrag der CDU-Fraktion. Da der Antrag der CDU-Fraktion der weitergehende ist, lässt sie über diesen Antrag zuerst abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, die Karl Kisters Realschule wird dreizügig, Ausnahmegenehmigungen werden per Dringlichkeitsbeschluss erteilt, mehrheitlich bei 16 Ja-, 25 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen ab.

Bürgermeisterin Northing lässt dann über den Beschlussvorschlag 1. der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei 18 Gegenstimmen, dass die Karl Kisters Realschule ab dem Schuljahr 2017/2018 dreizügig wird.

Bürgermeisterin Northing lässt über den Beschlussvorschlag 2. der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, dass das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/2018 dreizügig bleibt.

Bürgermeisterin Northing lässt über den Beschlussvorschlag 3. der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, dass das Konrad-Adenauer-Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/2018 dreizügig bleibt.

Zu Beschlussvorschlag 4. vergewissert sich StV. Cosar, dass sich die Beschlussfassung nicht auf die Bautätigkeiten, die sich an einer sechszügigen Schule orientierten, auswirke.

Bürgermeisterin Northing bejaht dies, da die Verwaltung die Gesamtschule als sechszügige Schule plane.

Bürgermeisterin Northing lässt über den Beschlussvorschlag 4. der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, dass die Gesamtschule ab dem Schuljahr 2017/2018 fünfzügig wird.

Bürgermeisterin Northing erklärt, dass die Beschlussvorschläge 4a. und 5. aufgrund der Beschlussfassung unter Tagesordnungspunkt 2. "Entwicklung der Sekundarschule" entfielen.

4. **Bebauungsplan Nr. 2-303-0 für den Bereich Leitgraben im Ortsteil Kellen**

hier: Beschluss der zweiten erneuten Offenlage  
- Drucksache Nr. 477 /X. -

StV. Gebing teilt mit, dass die Abstandsfläche von 9 m beibehalten werden solle.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der Ausführungen von StV. Gebing beschließt der Rat der Stadt Kleve einstimmig bei zwei Enthaltungen, den Bebauungsplan Nr. 2-303-0 für den Bereich Leitgraben im Ortsteil Kellen gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) erneut öffentlich auszulegen. Die Abstandsfläche wird auf 9 m festgelegt. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

5. **Bebauungsplan Nr. 1-089-10 für den Bereich Hagsche Straße/ Hagsche Poort (altes Postgebäude)**

hier: Beschluss der erneuten Offenlage  
- Drucksache Nr. 478 /X. -

Technischer Beigeordneter Rauer führt aus, dass der Investor derzeit noch keine neuen Ansichten vorlegen könne. Zunächst solle der Bestand festgesetzt werden. Wenn neue Ansichten vorlägen, würden diese dem Bau- und Planungsausschuss vorgestellt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, den Bebauungsplan Nr. 1-089-10 für den Bereich Hagsche Straße/ Hagsche Poort (altes Postgebäude) gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) erneut öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

6. **Bebauungsplan Nr. 1-293-0 für den Bereich Bahnhofsumfeld / Bahnhofplatz**

hier: Beschluss der Offenlage  
- Drucksache Nr. 481 /X. -

StV. Gebing beantragt die Rückverweisung in den Bau- und Planungsausschuss und bittet darum, die zugesagten Visualisierungen bis zur nächsten Beratung vorzulegen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, diesen Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung in den Bau- und Planungsausschuss zurück zu verweisen.

7. **Bebauungsplan Nr. 2-305-0 für den Bereich van-den-Bergh-Straße / Wiesenstraße im Ortsteil Kellen**

hier: Weiterführung des Verfahrens  
- Drucksache Nr. 505 /X. -

Technischer Beigeordneter Rauer versichert, dass die Verwaltung das Vorhaben weder behindern noch boykottieren wolle. Es sollten vielmehr die rechtlichen Grundlagen für eine Realisierung aufgezeigt werden. Vor zwei Wochen habe ein Gespräch mit dem Eigentümer stattgefunden, in dem auch der Zeitplan mit einem Abschluss in 2018 einvernehmlich besprochen worden sei. Der der Drucksache anhängende Zeitplan sei nicht korrekt. Die Erreichung dieses Ziels sei allerdings vom positiven Ausgang des Verfahrens, der Zustimmung der Bezirksregierung, abhängig.

Er führt weiter aus, dass die rechtlichen Folgen einer Teilung des Gebietes bereits durch die Diskussion über mögliche Inhalte, die auf dem Gelände realisiert werden sollten, eingetreten seien. Die Genehmigungsfähigkeit der bislang vorliegenden Anträge sei daher neu zu prüfen. Er informiert ergänzend über die Eingabe des Eigentümers eines Lebensmitteldiscounters.

StV. Gebing teilt mit, dass seine Fraktion sich mit den Fraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und Offene Klever abgestimmt habe. Sie beantragten, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

"Der Rat der Stadt Kleve unterstützt ausdrücklich die vorgelegten Planungen zur Entwicklung des Bensdorp-Geländes. Die bisher vom Rat der Stadt Kleve beschlossene Entwicklung zum Gelände der Margarine-Union soll fortgeführt werden. Die zurzeit stattfindende Offenlage soll abgeschlossen werden. Eine Abwägung findet nicht statt. Nach Abschluss der Offenlagefrist ist der Bebauungsplan zu teilen. Die notwendigen Gutachten zur Entwicklung des Bensdorp-Geländes sind unverzüglich und gleichzeitig zu beauftragen (insbesondere Einzelhandelsgutachten, Lärmgutachten, Verkehrsgutachten). Die von der Stadt vorgelegten Planungsschritte sind so durchzuführen, dass die von der Stadtspitze dem Eigentümer und Projektentwickler dargelegte Zeitschiene - Mitte 2018 - zu realisieren ist."

Er merkt zudem an, dass die Planungen immer im Prozess gewesen seien und nun zu überzeugenden Ergebnissen geführt hätten.

Technischer Beigeordneter Rauer weist darauf hin, dass eine Offenlage erst mit der Abwägung abgeschlossen sei. Der letzte Satz müsse zudem unter den Vorbehalt der Zustimmung durch die Bezirksregierung bzw. der Beteiligung anderer Träger gestellt werden.

StV. Gebing stellt klar, dass die Stadt natürlich keine Verantwortung für die Tätigkeiten von anderen Behörden übernehmen könne, die Tätigkeiten im Rahmen ihrer Zuständigkeit aber entsprechend umsetzen solle.

StV. Dr. Meyer-Wilmes macht deutlich, dass vermieden werden solle, dass Investoren unterschiedlich behandelt würden. Die Politik verfolge die Zielsetzung, dieses Projekt genauso zu behandeln wie das Projekt auf dem Gelände der ehemaligen Margarine-Union und möchte die Verwaltung dafür in die Verantwortung nehmen.

Vor dem Hintergrund, dass die vorliegenden Bauanträge noch nicht beschieden seien, möchte StV. Tekath wissen, ob Schadenersatzansprüche aufgrund bereits beantragter Fördergelder im Raum stünden und durch wen diese zu begleichen seien.

Technischer Beigeordneter Rauer äußert, dass die Genehmigungsfähigkeit der vorliegenden Anträge neu zu prüfen sei. Weitere Ausführungen könne er in öffentlicher Sitzung nicht machen.

StV. Dr. Merges teilt mit, dass seine Fraktion froh darüber sei, dass für beide Gelände eine Lösung gefunden werde. Er sehe ein gewisses Geschmäcke in der Tatsache, dass seine Fraktion erst einen schriftlichen Antrag auf Beratung habe stellen müssen, nachdem der Antrag in der letzten Ratssitzung noch zurückgewiesen worden sei.

Bürgermeisterin Northing weist den Vorwurf einer Bevorteilung von Investoren bzw. das Blockieren von einzelnen Projekten durch den Technischen Beigeordneten und die Mitarbeiter seines Dezernates sowie den Ausdruck des "Geschmäcke" mit aller Entschiedenheit zurück.

Den Ausführungen von StV. Dr. Merges hält Technischer Beigeordneter Rauer entgegen, dass der Antrag in der vergangenen Ratssitzung schon aus formalen Gründen abzulehnen gewesen sei. Er weist weiter darauf hin, dass eine Teilung des Plangebietes nicht zur Beschleunigung des Verfahrens führe, da zunächst die Grundlagen zu erarbeiten seien. Dazu habe es bislang keinen Auftrag von Seiten des Rates gegeben.

StV. Bay stellt einen zur Geschäftsordnung auf Schluss der Aussprache und Abstimmung.

StV. Tekath äußert formale Gegenrede.

Bürgermeisterin Northing lässt daraufhin über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen den Schluss der Aussprache.

StV. Tekath erinnert an die Äußerung des Technischen Beigeordneten Herrn Rauer, dass es weitere Erläuterungen nichtöffentlicher Natur gebe. Ohne deren Kenntnis sei eine Abstimmung nicht möglich.

Die Öffentlichkeit wird für diesen Zweck ausgeschlossen. Herstellung der Nichtöffentlichkeit um 19.56 Uhr.

Fortsetzung II. Nichtöffentliche Sitzung.

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Fortsetzung der öffentlichen Sitzung um 20.00 Uhr.

Bürgermeisterin Northing lässt über den von StV. Gebing formulierten geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve fasst mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve unterstützt ausdrücklich die vorgelegten Planungen zur Entwicklung des Bensdorp-Geländes. Die bisher vom Rat der Stadt Kleve beschlossene Entwicklung zum Gelände der Margarine-Union soll fortgeführt werden. Die zurzeit stattfindende Offenlage soll abgeschlossen werden. Eine Abwägung findet nicht statt.

Nach Abschluss der Offenlagefrist ist der Bebauungsplan zu teilen. Die notwendigen Gutachten zur Entwicklung des Bensdorp-Geländes sind unverzüglich und gleichzeitig zu beauftragen (insbesondere Einzelhandelsgutachten, Lärmgutachten, Verkehrsgutachten). Die von der Stadt vorgelegten Planungsschritte sind so durchzuführen, dass die von der Stadtspitze dem Eigentümer und Projektentwickler dargelegte Zeitschiene - Mitte 2018 - zu realisieren ist.

8. **Bebauungsplan Nr. 2-298-0 für den Bereich Overbergstraße/ Ferdinandstraße im Ortsteil Kellen**

hier: Satzungsbeschluss  
- Drucksache Nr. 506 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst einstimmig folgende Änderungs- bzw. Ergänzungsbeschlüsse:  
Aus artenschutzrechtlichen Gründen wird der Umweltbericht angepasst sowie die Baufenster an der Overbergstraße um 1,50 m verschoben und die Höhenfestsetzungen angepasst.

Gleichzeitig wägt der Rat der Stadt Kleve alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen von Bürgern und Behörden ab und beschließt aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan Nr. 2-298-0 für den Bereich Overbergstraße/ Ferdinandstraße im Ortsteil Kellen, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung, dem Umweltbericht sowie den dazugehörigen Fachbeitrag und Berichten, als Satzung.

9. **Bebauungsplan Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen**

hier: Beschluss der Teilung des Plangebietes und erneuter Beschluss der Offenlage  
- Drucksache Nr. 507 /X. -

StV. Driever nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

StV. Gebing teilt für seine Fraktion die Zustimmung zur Drucksache mit. Eine Erschließung solle zunächst über die geplante Straße mit Wendehammer erfolgen. Sofern aber eine Durchfahrtstraße möglich werde, solle kein durchgehender Verkehr ermöglicht, die Straße abgebunden und eine Zufahrt von beiden Seiten ermöglicht werden.

StV. Kumbrink teilt mit, dass seine Fraktion der Drucksache aufgrund der vorgesehenen Versiegelungsfläche, dem Wegfall des vorhandenen Baumbestandes und der nicht geklärten Fragen zur Sportstättenentwicklung nicht zustimmen werde.

StV. Dr. Meyer-Wilmes äußert, dass ihre Fraktion der Drucksache zwar ihre Zustimmung erteilen werde, damit aber nicht gleichzeitig die Zustimmung zu einer möglichen Durchfahrtstraße verbunden sei. Auch ihre Fraktion lehne eine Durchfahrt an der Stelle ab.

Da die Grundstücke an der Bresserbergstraße durch die Neuanlage der geplanten Straße sowohl im vorderen als auch im hinteren Bereich an einer Straße lägen, möchte StV.

Schnütgen wissen, ob die Straßenreinigungsgebühren und die Erschließungskosten dann auch für mehrere Straßen zu entrichten seien.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass er davon ausgehe, dass die Straßenreinigungspflicht aufgrund der Größe der Straße auf die Anlieger übertragen werden. Im Falle der Erschließungskosten erfolge eine anteilige Beteiligung als Hinteranlieger.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei 15 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, den Bebauungsplan Nr. 1-296-0 zu teilen und beschließt erneut, den Bebauungsplan Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Absatz 2 BauGB zu beteiligen.

10. **Bewerbung um die Ausrichtung einer REGIONALE 2022**

- Drucksache Nr. 511 /X. -

Technischer Beigeordneter Rauer erläutert die Drucksache.

StV. Dr. Meyer-Wilmes regt an, die Reaktivierung der Bahnlinie Kleve-Nijmegen als Projekt mit aufzunehmen. Sie möchte zudem wissen, wer die EUREGIONALE durchführen werde.

Bürgermeisterin Northing antwortet, dass die Federführung im Dezernat III liege, aber natürlich die gesamte Verwaltung angehalten sei, zu prüfen, welche Projekte in Frage kämen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve nimmt die beabsichtigte Bewerbung der Stadt Kleve gemeinsam mit dem Kreis Kleve und allen anderen Städten und Gemeinden im Kreis Kleve sowie weiteren Kommunen in der Region um die Ausrichtung einer REGIONALE 2022 zustimmend zur Kenntnis. Eine endgültige Beschlussfassung zu den Inhalten einer regionalen Strategie, die in den nächsten Wochen von den kommunalen Akteuren noch ausgearbeitet wird, erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

11. **Umbesetzung in Ausschüssen und im Aufsichtsrat der Grenzland-Draisine GmbH**

(Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.2016)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig folgende Umbesetzungen:

Bau- und Planungsausschuss:

stellvertretende sachkundige Bürger  
für Rütten, Frank            neu Dußling, Jürgen

Schulausschuss

sachkundige Bürger  
für Feyen, Dominik            neu Tyssen, Wolfgang

Sportausschuss  
sachkundige Bürger  
für Rütten, Frank      neu Linsen, Bastian

Aufsichtsrat Grenzland-Draisine GmbH  
für Gebing, Wolfgang      neu Verhoeven, Werner

12. **Verwirklichung eines Gebäudes im Stile Hundertwassers auf dem Minoritenparkplatz**  
(Antrag der CDU-Fraktion vom 25.10.2016)

StV. Gebing erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Da ein Hundertwasserhaus auch bereits in der Bevölkerung thematisiert werde, möge die Verwaltung prüfen, ob ein solches Vorhaben im Rahmen der von den Fraktionen beschlossenen Eckpunkte durch einen Investor realisierbar sei.

Bürgermeisterin Northing äußert, dass sie diesen Antrag begrüße. Die Realisierung eines Hundertwasserhauses werde im Rahmen des laufenden Verfahrens, als Anregung zur Bürgerbeteiligung, geprüft.

StV. Dr. Merges teilt die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem wie auch dem ähnlich lautenden Antrag der SPD-Fraktion mit.

StV. Schmidt macht deutlich, dass er höchst skeptisch sei, was die Realisierung eines Hundertwasserhauses angehe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve schließt sich dem Antrag der CDU-Fraktion an und beschließt einstimmig bei einer Enthaltung, die Verwaltung möge prüfen, ob die Verwirklichung eines Gebäudes im Stile Hundertwassers auf dem Minoritenparkplatz in Übereinstimmung mit dem Eckpunktepapier möglich ist.

13. **Ermittlung der rechtlichen Bedingungen zur Realisierung eines Hundertwasserstadttors**  
(Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2016)

StV. Tekath begründet den Antrag der SPD-Fraktion. Es sollten die rechtlichen Bedingungen unter Berücksichtigung möglicherweise anfallender Kosten geprüft werden.

Technischer Beigeordneter Rauer schlägt vor, der Prüfung beider Anträge mit vertretbarem Aufwand in einer gemeinsamen Stellungnahme nachzukommen.

Der Rat schließt sich diesem Vorschlag an.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve schließt sich dem Antrag der SPD-Fraktion an und beschließt einstimmig bei vier Enthaltungen, die Verwaltung zu beauftragen, die rechtlichen Bedingungen zu ermitteln, wie ggf. der Bau eines Hundertwasserstadttors in Kleve realisiert werden kann.

#### 14. **Gute Schule 2020**

(Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2016)

StV. Tekath begründet den Antrag der SPD-Fraktion auf Verwendung der Fördermittel im Rahmen des Programms "Gute Schule 2020".

StV. Gebing meint, dass sich Herr Janssen im Rahmen der Drittmittelakquise originär mit diesem Programm beschäftigen solle.

Erster Beigeordneter Haas weist darauf hin, dass diese Mittel im Produktbereich des GSK im Haushalt 2017 enthalten seien. Bislang seien bereits Mittel für die Umsetzung des derzeit in der Erarbeitung befindlichen Medienentwicklungsplans sowie die Erweiterung zweier Grundschulen aufgrund der Änderung der Zügigkeiten eingeplant. Die Verwaltung befinde sich derzeit in Gesprächen mit der Telekom zur Breitbandanbindung aller Schulen. Er schlägt vor, diese Projekte in den Etatberatungen der Fachausschüsse weiter zu thematisieren. Die Verwaltung werde im Rahmen einer Berichtspflicht über den Fortgang der Projekte informieren.

##### Beschluss:

Unter Berücksichtigung der Ausführungen des Ersten Beigeordneten Haas schließt sich der Rat der Stadt Kleve dem Antrag der SPD-Fraktion an und fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Rat in der ersten Ratssitzung des Jahres 2017 mitzuteilen, wie die Stadt Kleve die durch das Programm "Gute Schule 2020" zufließenden zusätzlichen 5.337.788,00 Euro in den nächsten vier Jahren verwenden will.
2. Hierzu ist ein Prioritätenkatalog zu erarbeiten, der dem Rat vorzulegen ist und von diesem genehmigt werden muss. Hier sind die geplanten Maßnahmen darzustellen und auch ein Zeitplan, wann die jeweilige Maßnahme erfolgen wird.
3. Die Verwaltung wird alle vier Monate den Fraktionen mitteilen, welche Maßnahmen umgesetzt sind und es wird auch unaufgefordert mitgeteilt, ob und warum Maßnahmen ins Stocken geraten sind.

#### 15. **Umbesetzung in Ausschüssen**

(Antrag der SPD-Fraktion vom 13.10.2016)

##### Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig folgende Umbesetzung in Ausschüssen:

##### Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung

stellvertretende sachkundige Bürgerin  
für Duenbostell, Helga    neu Boskamp, Maria

##### Umwelt- und Verkehrsausschuss

stellvertretende sachkundige Bürgerin  
für Arslan, Gönül    neu Boskamp, Maria

16. **Umbesetzung im Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung**  
(Antrag der FDP-Fraktion vom 31.10.2016)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig folgende Umbesetzung im Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung:

sachkundige Bürger  
für Walraven, Felix      neu Oversteegen, Maarten

Die Sitzung wird um 20.34 Uhr unterbrochen. Fortsetzung der Sitzung um 20.45 Uhr.

17. **Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr**  
- Drucksache Nr. 467 /X. -

Auf Grundlage der Drucksache Nr. 467/X. führt Verwaltungsrat van Hoof zum Gang der Beratungen zur Freigabe der Fußgängerzone aus und weist auf die Stellungnahmen der Polizei, des Städte- und Gemeindebundes, des GVV sowie die weitere Stellungnahme des Einzelhandelsverbandes Kleve hin. Der GVV habe auf Nachfrage nach der vergangenen Ratssitzung mitgeteilt, dass zu unveränderten Bedingungen Haftpflichtversicherungs-schutz im Rahmen der allgemeinen Versicherungsbedingungen gewährt werde. Die Verwaltung halte aber nach wie vor an dem in der Sitzung des Rates am 28.09.2016 modifizierten Beschlussvorschlag fest. Einer ganztägigen Öffnung der Fußgängerzone könne sie aus Gründen der Sicherheit, insbesondere der Fußgänger, nicht zustimmen.

Auch der Presse habe ein enormer Widerstand gegen die Öffnung der Fußgängerzone entnommen werden können. Er weist abschließend darauf hin, dass die Polizei zum Zwecke der Verständlichkeit und der Akzeptanz für die Umsetzung einer einheitlichen Regelung geworben habe.

Bürgermeisterin Northing wirbt dafür, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der entsprechenden Modifizierung zu folgen.

StV. Schoofs möchte wissen, ob die Möglichkeit bestünde, einen Streifen einzurichten, der durch die Radfahrer befahren werden könne und gleichzeitig die Fußgänger auf die Radfahrer aufmerksam mache.

Bürgermeisterin Northing äußert, dass sie dies aus Gründen der Barrierefreiheit für schwierig halte. Eine solche Zonierung sei in ihren Augen eine vorgegaukelte Sicherheit.

Verwaltungsrat van Hoof erläutert, dass die Einrichtung solcher Streifen möglich, aber nicht bindend sei. Aufgrund des vorhandenen Begegnungsverkehrs müsse dieser Streifen eine Mindestbreite aufweisen und würde mit dem ÖPNV kollidieren sowie zu einer Trennung der Fußgänger in der Fußgängerzone führen.

StV. Tekath spricht sich für eine Beschlussfassung gemäß dem Vorschlag der Verwaltung aus. Kleve sei auch fußgängerfreundliche Stadt. In einer Fußgängerzone könne davon ausgegangen werden, dass das Radfahren nicht erlaubt sei. Im Übrigen sei ein Verbot viel deutlicher zu kommunizieren, nicht aber das Befahren zu bestimmten Zeiten und mit welcher Geschwindigkeit. Das Schieben des Fahrrads halte sie für zumutbar und die Stellungnahme von Polizei und Einzelhandelsverband für nachvollziehbar.

StV. Dr. Meyer-Wilmes äußert, dass sie an ihrem Antrag festhalte und über die komplette Öffnung der Fußgängerzone abstimmen wolle.

StV. Schnütgen beantragt die getrennte Abstimmung von Beschlussvorschlag a) der Drucksache.

StV. Gebing gibt zu bedenken, dass das Radfahren in der Kernfußgängerzone bei vielen Besuchern zumindest schwer fallen dürfte. Er glaube auch, dass unterschiedliche Regelungen nur schwer darstellbar seien. Der Großteil seiner Fraktion könne sich dem Vorschlag der Verwaltung anschließen, um nach einem Jahr erneut zu beraten, ob die Öffnung der Fußgängerzone ausgeweitet werden könne.

StV. Tekath beantragt im Namen der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung für die beantragte ganztägige Freigabe der Fußgängerzonen zu Beschlussvorschlag a) der Drucksache.

Bürgermeisterin Northing lässt zunächst über Beschlussvorschlag a) unter Berücksichtigung des Antrags der CDU-Fraktion aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21.09.2016 auf ganztägige Öffnung der Fußgängerzone, da weitergehend, abstimmen.

Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Es wird wie folgt abgestimmt:

Bay, Michael	ja
Boskamp, Heinz	nein
Bungert, Alexander	nein
Cosar, Jörg	ja
Döllekes, Fredi	nein
Driever, Gerd	nein
Duenbostell, Horst	nein
Fischer, Heidi	nein
Fischer, Wilhelm	nein
Fuchs, Anne	nein
Gebing, Wolfgang	ja
Geritzen, Christa	nein
Gietemann, Josef	nein
Goertz, Heinz	nein
Hermanns, Aloys	ja
Heyrichs, Michael	ja
Hiob, Georg	ja
Hütz, Klaus-Werner	nein
Janßen, Alexander	nein
Janssen, Udo	nein
Kanders, Angelika	nein
Kumbrink, Michael	nein
Lichtenberger, Niklas	nein
Liffers, Werner	nein
Maaßen, Manfred	nein
Merges, Carina	nein
Merges, Dr. Fabian	nein
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	ja
Northing, Sonja	nein
Rambach, Andreas	ja
Ricken, Edmund	ja
Rütter, Daniel	nein

Sanders, Norbert	nein
Schmidt, Joachim	ja
Schnütgen, Wiltrud	ja
Schoofs, Christian	nein
Siebert, Susanne	ja
Teigelkötter, Friedrich	nein
Tekath, Petra	nein
Thon, Sarah	nein
Verhoeven, Werner	ja
Welberts, Sonja	nein
Welberts, Stefan	nein

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve lehnt damit den Antrag der CDU-Fraktion auf ganztägige Freigabe der Fußgängerzonen Kavarinerstraße, Herzogstraße, An der Münze, Große Straße (zwischen An der Münze und Marktstraße/ Kavarinerstraße) und Gasthausstraße für den Radverkehr, versuchsweise für die Dauer eines Jahres, mehrheitlich bei 13 Ja- und 30 Nein-Stimmen ab.

Bürgermeisterin Northing lässt dann über Beschlussvorschlag a) gemäß der Drucksache Nr. 467/X. abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei drei Gegenstimmen die Freigabe der Fußgängerzonen Kavarinerstraße, Herzogstraße, An der Münze, Große Straße (zwischen An der Münze und Marktstraße/ Kavarinerstraße) und Gasthausstraße für den Radverkehr von 19.00 Uhr bis 11.00 Uhr, versuchsweise für die Dauer eines Jahres.

Bürgermeisterin Northing lässt über den von Verwaltung und CDU-Fraktion in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21.09.2016 vorgetragenen modifizierten Beschlussvorschlag b) der Drucksache, also die ganzjährige Öffnung der bezeichneten Fußgängerzonen, abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei drei Gegenstimmen die Freigabe der Fußgängerzonen Große Straße (zwischen Marktstraße und Stechbahn), Hagsche Straße, Stechbahn, Kirchstraße und Schloßstraße für den Radverkehr in der Zeit von 19.00 Uhr bis 11.00 Uhr, versuchsweise für die Dauer eines Jahres.

Bürgermeisterin Northing lässt über Beschlussvorschlag c) der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, dass seine Beschlüsse vom 13.03.2013 und 09.04.2014 aufgehoben werden.

Bürgermeisterin Northing lässt über Beschlussvorschlag d) der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig bei einer Enthaltung, die Verwaltung zu beauftragen, nach Ablauf eines Jahres einen Erfahrungsbericht zu erstellen und dem Rat der Stadt Kleve vorzulegen. Hierbei ist der GVV zu beteiligen.

## 18. **Mitteilungen**

### a) Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss

Bürgermeisterin Northing teilt folgende Umbesetzung bei den stellvertretenden beratenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses mit:

Vertreter der Arbeitsverwaltung  
für Uchner, Nina neu Beyer, Jasmin (Berufsberaterin)

Der Rat der Stadt Kleve erhebt keine Einwände gegen diese Umbesetzung.

## 19. **Anfragen**

### a) Neubau Hauptwache Löschzug Kleve

StV. Liffers fragt, wann der Neubau der Hauptwache des Löschzuges Kleve geplant sei.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass dies im Rahmen der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans eruiert werde.

Verwaltungsrat van Hoof ergänzt, dass der Brandschutzbedarfsplan derzeit durch einen Gutachter erarbeitet werde.

### b) Vorstellung Feuerwehrleiterwagen

StV. Liffers weist darauf hin, dass über die Neuanschaffung eines Feuerwehrleiterwagens in Bedburg-Hau im Rahmen eines Pressetermins unter Beteiligung des Bürgermeisters Herrn Driessen berichtet worden sei. Da in Kleve zu Beginn dieses Jahres ebenfalls ein solches Fahrzeug angeschafft worden sei, möchte er wissen, wieso ein entsprechender Termin bislang ausgeblieben sei.

Bürgermeisterin Northing sagt Klärung zu.

### c) Unruhen innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr

Da die Bürgermeisterin die Aufarbeitung der Unruhen innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr zur Chefsache erklärt habe, möchte StV. Liffers von ihr wissen, wann mit einer abschließenden Klärung zu rechnen sei.

Bürgermeisterin Northing antwortet, dass die Unterlagen dem Wehrleiter zur Stellungnahme vorlägen und er sich mit ihr ins Benehmen setzen müsse. Dies sei bislang nicht geschehen.

### d) Gebäude/Grundstück ehemaliges Canisius-Jugendheim

StV. Fuchs fragt nach den weiteren Entwicklungen zum Gebäude bzw. dem Grundstück des ehemaligen Canisius-Jugendheims.

Erster Beigeordneter Haas verweist auf eine Beantwortung in nichtöffentlicher Sitzung.

e) Sperrung der Straße Opschlag für den Pkw-Verkehr

Da der Zeitraum der probeweisen Sperrung der Straße Opschlag für den Pkw-Verkehr beendet sei, fragt StV. Cosar, wann mit dem Abschlussbericht und einem Vorschlag zu einer möglichen Fortführung zu rechnen sei.

Verwaltungsrat van Hoof sichert zu, den Erfahrungsbericht nebst einem Vorschlag zum weiteren Verfahren rechtzeitig vorzulegen.

f) Radverkehr auf der Römerstraße

Vor dem Hintergrund, dass die eingezeichneten ARAS auf der Römerstraße immer wieder von Pkw bei roter Ampel zugestellt würden, möchte StV. Bungert wissen, wie dem entgegen gewirkt werden solle.

Verwaltungsrat van Hoof teilt mit, dass eine Ahndung nur durch die für den fließenden Verkehr zuständige Polizei möglich sei. Mit Blick auf die im Rahmen des Radverkehrskonzeptes durchgeführten Maßnahmen müsse weiter Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Dies werde von Frau van Koeverden noch einmal forciert angegangen. Insgesamt sei festzustellen, dass sich der Verkehrsablauf auf der Römerstraße durch die umgesetzten Maßnahmen deutlich verbessert habe. Es sei deutlich mehr Platz vorhanden, wodurch der Verkehr sehr viel flüssiger fließen könne.

g) Kassenhäuschen 1. FC Kleve

StV. Schnütgen weist darauf hin, dass das Kassenhäuschen des 1. FC Kleve stark beschädigt sei. Sie fragt, ob in einem Gespräch mit dem Verein darauf hingewirkt werden könne, dass das Häuschen beseitigt werde.

Erster Beigeordneter Haas sagt Klärung zu.

Ende der Sitzung: 21.25 Uhr

(Northing)  
Bürgermeisterin

(Berns)  
Schriftführerin